



Bonn, 6. Februar 1990

Die Pressestelle der CDU teilt mit:

Folgende Vereinbarung einer "Allianz für Deutschland" wurde in Berlin in Anwesenheit des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, verabschiedet:

Aus nationaler Verantwortung - eine Allianz für Deutschland

1. Die Vorstände der Parteien "Demokratischer Aufbruch sozial und ökologisch", "Deutsche Soziale Union" und das Präsidium der "Christlich Demokratischen Union Deutschlands" verständigen sich für die Volkskammerwahl auf eine "Allianz für Deutschland".
2. Die Parteien verfolgen den politischen Zweck, durch einen hohen Wahlerfolg die Bildung einer Regierung der Allianz zu ermöglichen.
3. Die Identität jeder Partei hat in der Allianz Priorität. Die Parteien sind politisch unabhängig und eigenständig.
4. Jede Partei verwendet unter dem Begriff "Allianz für Deutschland" ihren eigenen Parteinamen.
5. Jede Partei nominiert ihre Kandidatinnen und Kandidaten für jeden Wahlkreis eigenständig; Listenverbindungen sind mit Zustimmung der Vorstände der Parteien möglich.
6. Die Parteien erklären ihre Bereitschaft, sich auf regionaler und zentraler Ebene zu unterstützen. Einzelheiten legen die Parteivorstände in eigener Verantwortung fest.
7. Die an der Allianz Beteiligten erklären ihre Bereitschaft, für weitere demokratische Parteien offen zu sein, deren Aufnahme nur durch einstimmigen Beschluß möglich ist.